

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXV/26

Bonn, den 10. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Weit gespannter Bogen</u>	39

Moskau und Washington im Gespräch über Rüstungsverminderung
bei NATO und Warschauer Pakt

1 a	<u>Wurden Journalisten geschmiert?</u>	40
-----	--	----

Und nun die Namen auf den Tisch, Herr Jacobi!

2	<u>Liebeswerben der CDU um die FDP</u>	42
---	--	----

Wenig Chancen für Köppler in NRW

3 - 4	<u>Prag und Moskau</u>	63
-------	------------------------	----

Intensivierung der Handelsbeziehungen 1970

Von Igor Valentin, Prag

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Behutsam und bedächtig im Verhältnis zu Ost-Berlin

Zu Gesprächen in Budapest

Gewaltverzicht kein Rechtsverzicht

Ostpolitik wird Übersiedlung begünstigen

Rumänische Aussiedlerziffer erfreulich

Aktueller Bericht über Löwenberg

Fortschrittliche Unterhaltshilfegesetzgebung

Landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen vermehrt unterstützt

Mehr Devisen durch Tourismus nach Ungarn

Weit gespannter Bogen

Moskau und Washington im Gespräch über Rüstungsverminderung
bei NATO und Warschauer Pakt

sp - Während man sich in der Bundesrepublik mit spärlichen Informationen über die deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-polnischen Gespräche in Moskau und Warschau begnügen muß, kommen aus Washington Nachrichten, die zwar nicht direkt damit im Zusammenhang stehen, aber sicherlich doch von Bedeutung sind.

Aus Washington wird gemeldet, daß sich zwischen den USA und der Sowjetunion ein Gespräch über die im Jahre 1968 von der NATO-Tagung in Reykjavik ausgehenden Überlegungen mit dem Ziele einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes entwickelt hat. Die "Washington Post" weiß sogar zu berichten, die Sowjets hätten ein spürbares Interesse an diesen Plänen gezeigt. Aus anderer Quelle verlautet, in Moskau arbeite man zurzeit einen Gegenvorschlag zu den Plänen zu Reykjavik aus, der schon im Sommer dieses Jahres zwischen den USA und der UdSSR zu Verhandlungen anstehen soll.

In diesem Zusammenhang dürfte nicht ohne Interesse sein, daß auf sowjetischer Seite der Erfolg der ebenfalls in Aussicht genommenen bilateralen Raketenabrüstungsgespräche offenbar von einem positiven Ergebnis von Verhandlungen über die Verringerung konventioneller Truppenstärken sowohl des Warschauer Paktes als auch der NATO abhängig gemacht wird.

Im Hintergrund aller dieser Nachrichten steht das immer deutlicher werdende Drängen sowjetischer und amerikanischer Wirtschaftsexperten, die, zwar unabhängig voneinander, aber mit fast gleichlautenden Argumenten, ihre Regierungen darauf verweisen, daß ein weiteres Ansteigen der Rüstungsausgaben verheerende Folgen für das ökonomische und soziale Gefüge der beiden Weltmächte haben würde. Im Bereich des westlichen Verteidigungssystems legt man jedoch bei allen diesen Überlegungen Wert auf die Feststellung, daß Rüstungsverminderungen jedweder Art gleichwertig und gleichzeitig sowie auf der Grundlage eines allseits anerkannten internationalen Kontrollsystems erfolgen müßten. Während die Sowjets dieses Prinzip vor einigen Jahren noch rundweg ablehnten, haben sie es in der letzten Phase der Genfer UNO-Abrüstungsverhandlungen anerkannt.

Auf die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bemühungen um eine Entspannungspolitik in Richtung Osten angewandt, bedeutet dies alles, daß handfeste Erfolge sicher nur dann erwartet werden können, wenn die jetzt zwischen Washington und Moskau eingeleiteten Gespräche über Rüstungsverminderungen der beiden Verteidigungssysteme positiv verlaufen würden.

+ + +

Wurden Journalisten geschmiert?

Und nun die Namen auf den Tisch, Herr Jacobi!

sp - Der neue Chefredakteur der Springer-"Welt am Sonntag", Claus Jacobi, hat dem öffentlichen Disput um die Frage, ob die Meinungs- und Pressefreiheit, die im Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt wird, durch Nachrichten-"Manipulationen" etwa "verfälscht" werden, eine neue Escalation gegeben. Herr Jacobi hat am 8. Februar in der "Welt am Sonntag", die unter seiner Leitung schon in der zweiten Ausgabe zu einem neuen Springer-Kampfblatt geworden ist, expressis verbis erklärt, daß "die CDU-Regierung zwölf Jahre lang Journalisten geschmiert (hätte), was der Reptilienfonds hergab".

Herr Jacobi hat diese, für Regierung und Journalisten ungeheuerliche Aussage in aller Öffentlichkeit gemacht, wobei er zweifellos ganz genau wußte, was er tat und welche bisher schlafenden Hunde er nun auf die Straßen der Bundesrepublik gejagt hat. Herr Jacobi, der im übrigen "Manipulation" und "Verfälschung" von Nachrichten für "unvermeidlich" hält, sieht sich jetzt der Forderung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber, die Namen aller jener Journalisten, die sich nach seinen Angaben aus dem "Reptilienfonds" der CDU-Regierung "schmierern" ließen, ebenso offen auf den Tisch zu legen wie die Namen der CDU-Minister, die Journalisten "geschmiert" haben.

Es geht nicht an, daß ein Springer-Chefredakteur in einem Springer-Kampfblatt eine solche pauschale Anschuldigung erhebt, ohne daß er nicht sofort Roß und Reiter nennt. Herr Jacobi wird also die Namen der Schmierer und der Geschmierten der deutschen Öffentlichkeit bekannt geben müssen, wenn anders ihm zwar nicht das passieren dürfte, was er seinem "Freund" und ehem. "Spiegel"-Mitredakteur Conrad Ahlers öffentlich angedroht hat, nämlich daß er "in den nächsten Tagen nicht viel zu lachen" haben würde. Aber da er mit seiner "Schmier"-Aussage seinen Namen aufs Spiel gesetzt hat, wird Herr Jacobi seine Aussage bis zum letzten ihm bekannten Namen öffentlich verifizieren müssen. Und zwar in den nächsten Tagen.

+ + +

Liebeswerben der CDU um die FDP

Wenig Chancen für Köppler in NRW

sp - Kurz nach der Bundestagswahl wollte Bundeskanzler a.D. Dr. Kurt Georg Kiesinger die Freien Demokraten aus den Länderparlamenten "hinauskatapultieren". Schon vorher hatte ein "individuelles Liebeswerben" der niedersächsischen CDU um einzelne FDP-Landtagsabgeordnete eingesetzt. Seitdem jedoch Heinrich Köppler, Spitzenkandidat der Union für den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf geworden ist, spricht kein Spitzenfunktionär der CDU im bevölkerungsreichsten Bundesland noch vom "Hinauskatapultieren" der FDP. Im Gegenteil, aktives Liebeswerben um die FDP hat eingesetzt für den Fall, daß die FDP bei den bevorstehenden Landtagswahlen in NRW und anderen Ländern für die Union wieder "koalitionsreif" werden könnte.

Aber schon bevor Heinrich Köppler das neue Motto am 31.1.70 in Bochum verkündete, hatte Nordrhein-Westfalens FDP-Vorsitzender Willi Weyer, stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister in Düsseldorf, der Union eine deutliche Absage erteilt: Die FDP sei entschlossen, auch nach der Landtagswahl am 14. Juni die Koalition mit der SPD in Düsseldorf fortzusetzen, "wenn der Wähler dies ermöglicht", hieß es im FDP-Pressedienst. Die FDP habe ihr kulturpolitisches Programm in wichtigen Teilstücken mit der SPD in NRW realisieren können. In der Wirtschafts-, Struktur- und Energiepolitik seien Lösungen gefunden worden, die die Bonner Wirtschaftspolitik sinnvoll ergänzen. Die Versuche der CDU in Nordrhein-Westfalen, einen Keil in die Reihen der FDP zu treiben, haben, wie der FDP-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Dr. Langge, erklärte, keinen Erfolg. Dr. Horst Ludwig Riemer, FDP-Wahlkampfleiter und stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in NRW, fügte hinzu, bei den Diadochenkämpfen um die Macht in der CDU käme die Sache zu kurz; damit fehle auch jede Basis für ein Bündnis mit der FDP in Nordrhein-Westfalen.

Die Bestätigung ihres politischen Kurses kann die FDP in Bonn und Düsseldorf eindeutig aus der Mitgliederbewegung ihres stärksten Landesverbandes entnehmen: In den letzten vier Monaten des vergangenen Jahres verzeichnete die nordrhein-westfälische FDP einen Zugang von 3.000 neuen Mitgliedern gegenüber nur 200 Austritten. Wie aus der Düsseldorfer FDP-Zentrale verlautet, erwartet man in den nächsten Wochen, die Grenze von 20.000 Mitgliedern überschreiten zu können.

Die FDP hat erkannt, daß die Union seit dem Sturz in Bonn eine beherrliche Aushöhlungspolitik betreibt. Das wird sich bis zur Landtagswahl in Düsseldorf verschärfen. In Nordrhein-Westfalen dürfte aber alles Liebeswerben der Union um die FDP vergebliche Mühe sein.

+ + +

Prag und Moskau

Intensivierung der Handelsbeziehungen 1970

Von Igor Valentin, Prag

Der Sowjetunion wird in den Zeitungen und Zeitschriften der Tschechoslowakei in steigendem Maße Beachtung geschenkt. Diese Berichterstattung betrifft nicht nur die aktuellen Ereignisse und Begebenheiten. Es gibt mehr Reportagen aus allen Gebieten der Sowjetunion, die Zahl der Fotos hat stark zugenommen, dem kulturellen Leben der Sowjetunion wird steigende Beachtung geschenkt.

Eine interessante Aktion ist das Bemühen des "Filmunternehmens der Hauptstadt Prag", das den Prager Schulen, den Organisationen des Jugendverbandes, den Gliederungen des Verbandes der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft, den Gewerkschaftsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen eine große Anzahl sowjetischer Filme zur Verfügung stellt. Für Schülervorstellungen wurde bei Breitwandfilmen ein einheitlicher Eintrittspreis von 1,20 DM (nach dem Touristenkurs 30 Pfennige) eingeführt, der sich bei Normalfilmen auf 70 Heller (17,5 Pfennige) ermäßigt. Bei sonstigen Sondervorstellungen ist ein Eintritt von zwei Kronen (50 Pfennige) zu zahlen. Für normale Kinovorstellungen dieser Filme gelten für Schüler und Angehörige der anderen Organisationen Eintrittsermäßigungen von 25 bis 50 Prozent, wenn das Kino zu 75 Prozent ausverkauft ist.

Stark in den Vordergrund gerückt werden in der Presse auch alle Erinnerungsdaten, die sich auf die Zeit "vor 25 Jahren" beziehen, als die sowjetischen Truppen den "Weg zur Befreiung" (der Tschechen und Slowaken) auf dem Boden der heutigen CSSR angetreten hatten. In diesem Zusammenhang erfolgen immer wieder Einladungen verschiedener Orte und Gebiete an sowjetische Mitkämpfer und Befreier aus dieser Zeit, über deren Aufenthalt dann ausführlich berichtet wird. Dazu kommt jetzt noch die Tatsache, daß neue Handelsabmachungen zwischen Prag und Moskau für das Jahr 1970 fällig geworden sind, die man offensichtlich an den Beginn des 25. Gedenkjahres der Befreiung gesetzt hat, um so die intensiven Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu unterstreichen.

Gleich in den ersten Januartagen einigte man sich bei einem Freundschaftstreffen im Schloß Zbraslav südlich von Prag über eine Erhöhung der sowjetischen Eisenerzlieferungen in diesem Jahr. Seit 1949, als die Einfuhr sowjetischer Eisenerze vom Prager Regime zwischenstaatlich geregelt wurde, hat die CSSR bis zum Vorjahr rund 100 Millionen Tonnen Eisenerz aus der UdSSR bezogen. In den letzten Jahren haben die Lieferungen seit der Inbetriebnahme der Ostslowakischen Stahl- und Eisenwerke in Kaschau stark zugenommen. Für das Jahr 1970 wurde jetzt vereinbart, daß die UdSSR 10,7 Millionen Tonnen liefern wird. Schon im Vorjahr hatten sich Prag und Moskau darauf geeinigt, daß die Qualität dieser Erzlieferungen verbessert wird. In den kalten Wintern der letzten Jahre hatte es beim Umladen dieser Erze in der Grenzstation Cierna a.d. Theiss oft große Schwierigkeiten gegeben, weil die Feuchten und vielfach breiigen Erze als kompakt gefrorene Masse angekommen waren. Man mußte sie aus den Waggons heraussprengen und eine eigene Tunnelanlage errichten, in der die Erzwaggons aufgetaut wurden.

In diesem Jahr will Moskau der CSSR auch bei der Versorgung mit hochwertiger Steinkohle zu Hilfe kommen. Früher hat die CSSR verkohlbare Steinkohle aus Oberschlesien bezogen, doch hat Polen wegen seiner anderweitigen Exportverpflichtungen (vor allem nach Übersee) diese Lieferungen immer mehr einschrumpfen lassen. Insbesondere Anthrazitkohle ist in der CSSR Mangelware. Diesem Mangel wird die UdSSR in diesem Jahr mit Lieferungen von 2,7 Millionen Tonnen vor allem besonders hochwertiger Anthrazitkohle abhelfen.

Auch die sonstigen Handelsbeziehungen zwischen Prag und Moskau sollen intensiviert werden. Nach dem jetzt in Preßburg unterzeichneten Protokoll liefert die UdSSR mehr Fernsehempfänger, Fotoapparate, Transistoren, Kühlschränke und andere Gebrauchsgegenstände, ferner Wein, Tee und eine Reihe von Nahrungsmitteln. Zur Verrechnung wird die Sowjetunion vor allem Motorräder, Kanzleimaterial, Schmuckwaren (Bijouterie), Farben, Lacke und andere Erzeugnisse dieses Sektors der Gebrauchswaren aus der CSSR beziehen.